



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0896890

E/WI/23 - 27. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |  |     |
|-------|--|-----|
| 1 - 2 | <p><u>"Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer"</u><br/>                 Wo bleiben die Bediensteten der öffentlichen Hand?<br/>                 Von Max Seidel, MdB</p>                         | 61  |
| 3     | <p><u>"Optimist ist, wer keinen Grund hat, Pessimist zu sein"</u><br/>                 Die "Buddel Branntwein" - oder das Ergebnis einer EWID-Umfrage</p>  | 36  |
| 4 - 5 | <p><u>Wie sieht Italiens Elite die Bundesrepublik?</u><br/>                 Starkes Interesse an "Vergangenheit und Zukunft"<br/>                 Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Nogaani</p> | 103 |
| 6 - 7 | <p><u>Britisch-griechische Annäherung</u><br/>                 Zum geplanten Besuch Karamanlis in London<br/>                 Von Dr. Basil Mathiopoulos</p>   | 75  |

\* \* \* \* \*

"Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer"

Wo bleiben die Bediensteten der öffentlichen Hand ?

Von Max Seidel, MdB

Der Bundestag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur "Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" beraten und den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Nach dem Willen der Verfasser soll das Gesetz noch im Wahljahr verabschiedet werden. Eine praktische Auswirkung für den Arbeitnehmer ist aber kaum noch in diesem Jahr zu erwarten. Die vorgesehenen Zuwendungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer bis DM 312,-- jährlich stellen vorerst eine steuerbegünstigende und sozialversicherungserleichternde Kapitalrücklage für den Unternehmer dar. Nach fünf Jahren würde der Arbeitnehmer erstmalig in den Genuss dieser "Vermögensbildung" kommen.

Der Bundesrat hat den Entwurf grundsätzlich "als einen begrüßenswerten Versuch, die Sparfähigkeit der Arbeitnehmer zu stärken", angesehen. Als etwas "Revolutionäres" hatte nicht einmal das Arbeitsministerium in seiner schriftlichen Begründung den Entwurf zu bezeichnen gewagt. Die Sprecher der Regierungspartei schlugen dafür im Bundestag umso mehr auf die Pauke, wenngleich jedermann bei dem Gesetzentwurf feststellen kann, dass diese Art von Vermögensbildung weder umfassend ist, noch den Unternehmer zum Handeln verpflichtet. Erst der steuerbegünstigende Köder soll dem Unternehmer die sozialpolitisch erwünschte Eigentumsbildung schmackhaft machen.

Warum nicht umfassend? Der Titel des Gesetzes: "Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" ist genau genommen armselig und unkorrekt. Nach Anlage und Technik des Gesetzes werden nämlich bei weitem nicht alle Arbeitnehmer vom Gesetz erfasst. Die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes z.B. haben keine Chance, davon zu profitieren. Diese Zahl der Bediensteten, ob im Bund, in den Ländern oder den Gemeinden, geht in die Hunderttausende. Sie in diesem Zusammenhang zu übersehen, ist einfach nicht statthaft.

Vor Wochen hatte ich an die Stadtkämmerer von 15 kreisfreien Gemeinden in Bayern die Frage gerichtet:

"In welcher Art könnte die Stadt neben der Lohn- und Gehaltsleistung die Eigentumsbildung ihrer Bediensteten fördern?"

Die einfachsten Antworten lauten:

"Dazu hat der Städtetag noch nicht Stellung genommen". Oder:  
"Dafür fehlen uns konkrete Vorstellungen. Wir sehen kaum eine Chance, es der privaten Wirtschaft gleichzutun."

Interessanter waren die ausführlicheren Antworten, in denen der sichere Arbeitsplatz, die Gewährung von Beihilfen für Notfälle, die zusätzliche Altersversorgung, das verbilligte Darlehen zum Wohnungsbau u.ä. als Beiträge von vermögensbildendem Wert angesehen wurden. Ob das die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auch so betrachten und werten, bleibt zweifelhaft.

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf muss aber von diesem Personenkreis gesprochen werden. Der noch althergebrachte Standpunkt, der privat produzierende Bereich allein sei volkswirtschaftlich produktiv und die "öffentliche Hand" unseres gesellschaftlichen Lebens gelte als "unproduktiv", verführt zu solchen Teillösungen, wie sie im Entwurf angestrebt werden. Obwohl jeder weiss, dass die Dienstleistungen z.B. in der Stadt, ob in der Verwaltung oder im Krankenhaus, in den öffentlichen Verkehrszweigen oder bei der Müllabfuhr, für die Bevölkerung einfach lebenswichtig sind und daher gleichwertig neben der privaten Produktion stehen. Also müssten den öffentlich Bediensteten ebenfalls Chancen der Vermögensbildung eingeräumt werden. Der Gesetzentwurf aus dem Hause des Arbeitsministers Blank gewährt das aber nicht. Ein Ausklammern der öffentlichen Bediensteten bei der Frage "Förderung der Vermögensbildung" kommt einer Flucht gleich, die der Regierung nicht gestattet sein sollte.

An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie umfassender, zielreicher und gesellschaftspolitisch einwandfreier die Vorschläge der SPD zur Eigentumsbildung mit der Schaffung der "Deutschen Volksaktie" sind.

"Optimist ist, wer keinen Grund hat, Pessimist zu sein"

Die "Buddel Branntwein" -  
oder das Ergebnis einer EMNID-Umfrage

H.M. - Zur vereinfachenden Erklärung des Unterschiedes zwischen optimistischer und pessimistischer Betrachtungsweise bedient man sich häufig des Beispiels einer halb gefüllten Branntweinflasche. Der Optimist, so sagt man, behaupte von der Flasche, sie sei "noch zur Hälfte voll", während der Pessimist betrübt feststelle, sie "sei bereits zur Hälfte geleert".

\* \* \*

Das EMNID-Institut hat es nun unlängst unternommen, den Anteil der Pessimisten und Optimisten an der Gesamtzahl der bundesdeutschen Erwerbstätigen zu ermitteln. Den Testpersonen legte man die Frage vor, nach welchen Richtungen sie die Entwicklung ihrer künftigen Einkommen - ob steigend, gleichbleibend oder fallend - beurteilen. Im Mai vergangenen Jahres hatte man die gleiche Frage schon einmal gestellt. Damals erklärten 27 Prozent der erfaßten Personen, daß sie eine weitere Steigerung ihres Einkommens für wahrscheinlich hielten. Jetzt waren es nur noch 21 Prozent. Weiterhin: Im Mai 1960 glaubten 68 Prozent der Befragten, ihr Einkommen werde zumindest in gleicher Höhe erhalten bleiben. Ihr Anteil sank auf 65 Prozent. Gestiegen ist dagegen der Prozentsatz derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer Einkommensverhältnisse befürchten, und zwar von damals 3 auf derzeit 12 Prozent.

Ferner war die Feststellung des EMNID-Instituts recht aufschlußreich, daß auf die Gruppe der Testpersonen mit hohem Einkommen der größte Anteil der zuversichtlichen Antworten entfiel. Daraus wurde deutlich: Der wirtschaftliche Optimismus steigt mit den persönlichen Verdienstchancen. Man darf daher auch vermuten, daß die eingangs erwähnten Unterscheidungsmerkmale zwischen Optimisten und Pessimisten auf ähnlichen Voraussetzungen beruhen. Wer ausreichende "Vorräte" angesammelt hat, kann getrost über eine sich anzeigende Neige der "Buddel Branntwein" hinwegsehen. Wer sich aber nur eine einzige Flasche leisten kann, dem signalisiert die "halbe Fülle" unzweifelhaft das herannahende Ende eines ebenso seltenen wie geschätzten Konsums. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Kreis jener "Begüterten", deren Einkommensniveau sich ständig weiter von der durchschnittlichen Kaufkraft der Masse entfernt, in der "natürlichen Selbstauslese" unserer wirtschaftswunderlichen Zeiten beträchtlich verringert wurde - Dies scheint das aus der genannten Meinungsumfrage deutlich herauslesbare Resultat zu sein. Und man darf - wieder einmal bestätigt - die alte Volkweisheit zitieren: Optimist ist, wer keinen Grund hat, Pessimist zu sein!

## Wie sieht Italiens geistige Elite die Bundesrepublik?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Allein die Tatsache, dass man sich in den politischen und literarischen Kreisen Italiens immer eingehender mit Deutschland beschäftigt, beweist, dass zahlreiche Italiener ein gewisses Unbehagen gegenüber der Entwicklung der Bundesrepublik zu empfinden beginnen. Immer mehr bringt auch beim berühmten Mann von der Strasse die Überzeugung durch, dass das deutsche Problem nicht nur im Rahmen dieses Landes bleibe, sondern dieses notwendigerweise sprengt und wohl oder übel sich in europäische Probleme verwandelt, von denen erneut das Schicksal Europas abhängig werden könnte. Zeitweise - wie z.B. anlässlich der Polemik über Südtirol - geben auch konservative Blätter, wie der "Messaggero" in Rom in kürzest scharfen Artikeln ihre Besorgnis über die Wiederaufnahme nationalstatischer und machtpolitischer Argumente kund, die angeblich in bestimmten arabischen Kreisen angeführt worden seien. Sicher haben aber auch die kürzlich in vielen Theatern vorgeführten Filme über die jüdischen Verfolgungen in der Hitlerzeit, über den Nürnberger Prozess u. dazu beigetragen, dem Italienern ganz allgemein das Problem "Deutschland" wieder zu vergegenwärtigen.

Eine der angesehensten Monatszeitschriften Italiens, "Nuovi Argomenti", hat die Frage über die Zukunft Deutschlands, welche die geistige italienische Welt beunruhigt, aufgegriffen und ihr die Februar-Nummer gewidmet.

Herausgeber von "Nuovi Argomenti" sind zwei bedeutende Schriftsteller: Alberto Moravia und Alberto Carocci; ersterer zählt zu den berühmtesten Literaten des heutigen Europa. Beide gehören jener geistigen Führungsgruppe, jener "intelligentia" an, die in Italien beinahe ausnahmslos links steht, auch wenn sie keiner Partei angehören und ihre politische Stellung von derjenigen der Kommunisten abweicht. Der ganze Band von "Nuovi Argomenti" (300 Seiten) ist der "Deutschen Rechte" gewidmet; besser gesagt, jenen wirtschaftlichen, ideologischen und politischen Kräften, welche den die "Deutsche Rechte" ausmachen.

"Nuovi Argomenti" bemüht sich, die wichtigsten Aspekte der "Deutschen Restauration" zu erörtern: die wirtschaftliche Konzentration, das Schulwesen, die Wiederbewaffnung mit ihren ideologischen Verwicklungen, die Kirchen, die deutsche Presse, die öffentliche Verwaltung, die nach der Meinung zahlreicher Deutschlandreisender nichts anderes ist, als die Fortsetzung der alten Administration bismarckscher Prägung.

Welchen Eindruck haben Schriftsteller wie Moravia und Carlo Levi (der Autor des berühmten "Christus, kam nur bis Eboli") von ihrem längeren Aufenthalt in Deutschland zurückgebracht? (Obschon beide selber keine Artikel in der Deutschland-Nummer der Zeitschrift schrieben, haben sie sich in einem Interview eingehend darüber geäußert.) Was die Jugend betrifft, so sind sie bestürzt über die Unwissenheit in Bezug auf die unglückselige Vergangenheit. Währenddem die ältere Generation, wie Carlo Levi glaubt entdecken zu können, die Augen schliesse und eine Art "freiwillige Selbstzensur" ausübe, könne bei der jüngeren Generation eine durchaus echte Unkenntnis der Dinge festgestellt werden.

Die italienische Intelligenz bedauert im allgemeinen den "Untergang einer politischen Dialektik in Deutschland". Eine grosse Anzahl der 1961, die in den zahlreichen Beiträgen zum Thema "Die deutsche Rechte" aufgeführt worden, beschränken sich gewiss nicht nur auf Deutschland, sondern sind auch zahlreichen anderen west-europäischen Staaten gewidmet. Es ist das was Alberto Caracci, Miterausgeber von "Nuovi Argomenti", die "Absonderung des Staatsbürgers von der eigenen Verantwortung" nennt.

Die Frage, die der Durchschnittsitaliener immer wieder denen aus Deutschland kommenden Reisenden stellt, ist: "Hat die führende deutsche Schicht im allgemeinen den Nationalsozialismus eine Absage erteilt?" Alberto Moravia urteilt darauf eine durchaus positive Antwort. In einem interessanten Interview fügt er der berühmte Schriftsteller auch hinzu, die Länder - wie übrigens die Menschen - bleiben an jenem Bild gebunden, das sie, mit ihren Taten, von sich selber geliefert hätten. Das Letzte von Deutschland "geliebte Bild" sei nun der Nationalsozialismus gewesen, so wie das vorletzte dasjenige Hitlers und Magars gewesen sei. Wie Moravia damit meint, dass die noch so aufrichtig gemeinte Absage an die schreckliche Vergangenheit nicht genüge, um den auf Menschen beruhenden auf abzuändern. Es werden von Deutschland andere Taten verlangt, in diesem Fall andere kulturelle Schöpfungen, welche die vorhergehenden vergessen machen.

Auch Carlo Levi, der nach seiner Deutschland-Reise noch vielen Artikeln auch ein interessantes Buch darüber veröffentlicht hat, erklärt in einem Interview seine Begegnung mit der deutschen Jugend. Neben geheimen Nazi-Studentenorganisationen - so führt Levi aus - habe er auch jungen Menschen begegnet, die einen aufrichtig demokratischen Geist aufweisen. Und zwar nicht nur unter den Universitätsstudenten, sondern besonders unter denjenigen jungen Menschen, die ihren Lebensunterhalt in der Fabrik verdienen. Genau so wie Italien heute auch das offizielle Deutschland alles auf die Kontinuität des Staates gestützt; deshalb bleibe die Hoffnung auf eine bessere Zukunft einzig in den Händen und Köpfen der jüngeren Generation.

Viele italienische Intellektuelle, die heute ihre kritische Stimme erheben, wenn von West-Deutschland die Rede ist, tun dasselbe, wenn es darum geht, das heutige Italien zu beurteilen. Auch in Italien - so hört man sagen - würde man dieselbe Absage an einen revolutionären Bruch mit der Vergangenheit bitten bezahlen müssen. Viele innere Kämpfe hätte Italien erspart bleiben können, wenn man es gewagt hätte, damals - als man es hätte wagen können - einen mutigen Schritt in die-  
ser Richtung zu tun. Aber dieses Problem geht viel eher die Italiener an, währenddem das Problem der Deutschen - der grossen Bedeutung wegen, die dieses Land in der politischen Weltlage einnimmt, alle angeht. Was in Deutschland geschieht, kann die internationale Politik beeinflussen und bestimmen.

Die "italienische Rechte" ist gewiss nicht weniger verantwortlich für den heutigen Zustand der Dinge als die "deutsche Rechte". Aber sie ist in den Augen der italienischen Linken (und wie bereits erwähnt ist auch über diese hinaus) weit weniger gefährlich, weil sie nicht zu ihrer Verfügung einen industriell mächtigen Staat hat. Dazu kommt noch, dass die "italienische Rechte" ständig einer weiten Links-Opposition Rechnung tragen muss, die nicht nur kommunistisch, sondern in weitem Masse auch demokratisch gesinnt ist.

Britisch-griechische Annäherung

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Zwei Jahre nach der Beilegung des Zypernkonflikts hat die britische Regierung den griechischen Ministerpräsidenten und seinen Außenminister für die Zeit vom 15.-16. Februar zu einem offiziellen Besuch nach London eingeladen. Die Verbindungen zwischen beiden Ländern haben sich nach dem Kriege als sehr heikel erwiesen. Großbritannien konnte sich zwar den durch merkantile Tüchtigkeit und diplomatisches Geschick erworbenen Einfluss auf das neuere griechische Staatswesen auf der Yaltakonferenz noch einmal sichern, mußte dann aber nach Inkrafttreten der Trumandoktrin und unter dem Druck der Nachkriegsrealitäten mit ihrer weltpolitischen Schwergewichtslagerung seine Rolle an den amerikanischen Partner abtreten. Damit verband sich zunächst eine Lockerung der ausseren Bindungen, die sich dann allerdings bald durch den Zypernkonflikt zu ersten politischen Spannungen zwischen beiden Völkern auswachsen sollte und zur zeitweiligen "Bourisierung" des griechischen Botschafters in London führte.

Die psychologische Reaktion auf die starre Haltung des Foreign Office, das den 500 000 Griechen auf Zypern das Selbstbestimmungsrecht verwehrt, ist bis heute noch nicht auf dem Festland überwunden. Vielen scheint nicht nur aus nationalem Blickwinkel die gegenwärtige Lösung des Zypernkonfliktes alles andere als der Weisheit letzter Schluss zu sein. Dadurch hat man in der griechischen Öffentlichkeit die Einladung der britischen Regierung zwar mit Interesse, aber auch unter skeptischen Vorbehalten aufgenommen. Der politische Realismus - so lautet der Tenor in der griechischen Presse - darf nicht von psychologisch bedingten Ressentiments überdeckt werden. Allerdings fragt man in unverblümter Offenheit nach den Motiven, die Whitehall gerade zu diesem Augenblick bewegen haben könnten, ein Zusammentreffen mit Karamanlis zu arrangieren.

Prekäre innerpolitische Verhältnisse - akute soziale Spannungen und aufgedeckte politische und moralische Skandale, die höchste Kreise berühren - haben das Prestige der Regierung sehr angeschlagen. Der Korrespondent der TIMES in Athen, Mondiano, versuchte nun kürzlich in einer bei dieser Zeitung sonst nicht gewohnten Verzerrung der Tatsachen, die negative innenpolitische Bilanz der griechischen Opposition in die Schuhe zu schieben. Das Bekanntwerden der Londoner Einladung legte den Schluss nahe, daß die vorangegangene Absolution ge- -7- steuert war.

Die Geste der britischen Regierung verhilft den Männern um Karamanlis, die bereits sehr nervös geworden waren, aus ihrer innenpolitischen Isolation und festigt zweifellos ihr Standvermögen. Und das zu einem Zeitpunkt, da man auf Seite der Opposition gehofft hatte, daß die Folge der zu erwartenden Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik der künftige Botschafter der USA in Athen konkrete Vorschläge für eine demokratische Neuordnung mitbringen würde.

Demgegenüber sind die Perspektiven Londons, die diese Rückenstärkung der Regierung Karamanlis veranlaßten, naheliegend: Man hofft auf diese Weise die abgestorbene britische Einflussnahme auf die griechischen Verhältnisse langsam wiederzubeleben.

Mit den politischen Erwägungen koppeln sich interessante wirtschaftliche Aspekte. Gerade in diesen Tagen sind die Verhandlungen über eine Assoziation Griechenlands an die EWG nach 19 Monaten vergeblicher Mühe auf dem Nullpunkt angelangt. In Athen wurden Stimmen laut, die von der Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit der EWG und dem Commonwealth sprachen.

Weiter drängt sich die Frage auf, ob die griechische Regierung in London wohl einen ausgleichenden Faktor für die in letzter Zeit nicht besonders gut funktionierenden deutsch-griechischen Beziehungen suchen will. Bisher konnten die geplanten deutschen Investitionen in Griechenland noch nicht realisiert werden, da die bilateralen Verträge, die eine gesetzliche Garantie und den geschäftlichen Ablauf regeln sollten, noch immer der Unterzeichnung harren. Da man aus London alle Chancen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland sorgfältig unter der Lupe prüfte, rechnet sich Karamanlis einige Chancen aus, um eine Beteiligung des britischen Kapitals an der griechischen Industrialisierung in die Wege zu leiten. Ob er allerdings bindende Kreditzusagen erhält und in der Frage eines gesteigerten Exports landwirtschaftlicher Produkte in die Länder des Commonwealth etwas erreicht, bleibt abzuwarten.

Der Gestirbe andererseits wird versuchen, eine Normalisierung der griechisch-bulgarischen Beziehungen voran zu treiben. In den letzten Jahren konnte sich London einen gewissen Einfluss in Sofia erwerben und möchte nun seinen Standpunkt festigen, indem es sich zum Fürsprecher der bulgarischen Wünsche macht.

Diese Aspekte verborgen sich hinter der Formulierung des Sprechers des Foreign Office, der in gewohnter britischer Bescheidenheit nur von einer "Mission des guten Willens" sprach. + + +